

Aktionsbündnis Sozialproteste

Homepage: www.die-soziale-bewegung.de

Email: info@die-soziale-bewegung.de



Rundmail

4. Januar 2019

„Für ein Ende des Tarifvertrags Leiharbeit!“ und weitere Themen

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

das ABSP kämpft gleichzeitig für die Interessen der Lohnabhängigen mit und ohne Erwerbsarbeitsstelle. Entsprechend handelt es sich auch bei den kommenden beiden wichtigsten Kampagnen des ABSP um eine, die ganz direkt die einen und eine, die direkt die anderen betrifft. Wir hoffen, dass beide Euer aller Unterstützung finden werden: Eine Kampagne gegen Lohndumping durch Leiharbeit und eine für die Forderung nach 12 Euro Mindestlohn, für 1.050 Euro Mindestrente, für einen Hartz-IV-Eckregelsatz von 600 Euro und für ein jährliches steuerliches Existenzminimum von 15.000 statt 9.168 Euro.

Außerdem findet Ihr im Anhang das Protokoll des vorigen Treffens vom 27. Oktober in Göttingen.

Das **nächste Treffen wird am 19. Januar, voraussichtlich in Göttingen** stattfinden.

Für Schnelleser:

1. Kampagne gegen das Lohndumping per Tarifvertrag Leiharbeit
2. „Zum Umgang mit dem Arbeitsrecht“, nach 40 Jahren 2. Auflage - jetzt vorbestellen!
3. Stellungnahme zur Forderung nach 600 Euro Hartz-IV-Eckregelsatz, 12 Euro Mindestlohn und einem Grundfreibetrag von 15.000 Euro/Jahr
4. Ergänzung zur Kampagne für 1.050 Euro Mindestrente - Erwerbsminderungsrente – Gleiches Recht Für Alle!

1. Kampagne gegen das Lohndumping per Tarifvertrag Leiharbeit

Nach gründlichen Diskussionen und der Gewinnung vieler mitunterzeichnender Organisationen wurde ein erster, gemeinsamer kurzer Brief an den Bundesvorstand des DGB und an die für den Vertrag zur Leiharbeit zuständige Tarifkommission der Gewerkschaften gesendet. Diesen Brief und die ihn unterzeichnenden Organisationen, von Tacheles über KLARtext und das Erwerbslosen Forum bis zu Ortsgruppen von Attac und der FAU, findet Ihr im Anhang (Anmerkung_Tarifvertraege_Leiharbeit.pdf).

Den Brief schickten wir am 11. Dezember raus. Bisher gibt es noch keine Antwort darauf. Vielleicht folgt sie noch.

Es gibt die Überlegung, eine breit mobilisierte Unterschriftensammlung zu organisieren, bei welcher sich sehr viele Menschen hinter die einfache Forderung an die DGB-Gewerkschaften stellen können, die Tarifverträge zur Leiharbeit unverzüglich ordnungsgemäß zu kündigen.

2. „Zum Umgang mit dem Arbeitsrecht“, nach 40 Jahren 2. Auflage - jetzt vorbestellen!

Aus der arbeitsrechtlichen Kanzlei „Rat und Tat“, eine der Organisationen, die den oben erwähnten Brief an den DGB mit unterzeichnet hat, erfolgt sehr bald eine besondere Buchveröffentlichung: Nach 40 Jahren und ebenso langer Zeit neoliberaler Zerstörung des Arbeitsrechts wird das Buch „Zum Umgang mit dem Arbeitsrecht“ mit gleichem Titel in einer

zweiten Auflage erscheinen. Natürlich ist dies nach 40 Jahren nicht einfach nur eine Neuauflage, sondern es musste sehr umfangreich überarbeitet werden: Kapitel zu Leiharbeit, Werkverträgen, Arbeit auf Abruf und viele weitere Themen waren damals so nicht notwendig - es gab diese Dinge damals nicht oder nur als Randerscheinung! Ein Handbuch für Betroffene, für Betriebsräte, GewerkschafterInnen und AktivistInnen.

Hier eine Vorstellung des Buches durch den Autor, den Anwalt für Arbeitsrecht, Dr. Rolf Geffken: <<https://www.facebook.com/UmgangArbeitsrecht/videos/2212326652118094/>>

Weitere Infos zur Vorbestellung per E-Mail:

<<https://www.drgeffken.de/nc/aktuelle-bereiche/inhalt-soeben-erschienen/soeben-erschienen/article/buchprojekt-umgang-mit-dem-arbeitsrecht-j-e-t-z-t-unterstuetzen-und-das-buch-vorbestellen/>>

3. Stellungnahme zur Forderung nach 600 Euro Hartz-IV-Eckregelsatz, 12 Euro Mindestlohn und einem Grundfreibetrag von 15.000 Euro/Jahr

Nachdem große Organisationen ihre Forderungen aktualisiert haben, sogar die SPD von der Notwendigkeit von 12 Euro Mindestlohn redet usw., haben Mitstreiter*innen rund um das Rhein-Main-Bündnis und den KLARtext e.V., unter anderem Rainer Roth, eine Stellungnahme für eine Aktualisierung der Forderungen formuliert. Eine Vorbereitung für kommende Kampagnen. Ihr findet die Stellungnahme auf der Seite von KLARtext:

<<https://klartext-info.de/?p=599>>

"Gesetzlicher Mindestlohn 12 Euro, steuerlicher Grundfreibetrag 15.000 Euro"

4. Erwerbsminderungsrente – Gleiches Recht Für Alle!

Ergänzend zur Kampagne für eine Mindestrente von 1.050 Euro weisen wir auf diese Petition hin:

Der Skandal: über 1,8 Millionen Erwerbsminderungsrentner (Bestand) bleiben von der Reform ab 2019 ausgeschlossen - das befeuert Altersarmut! Bei der Erwerbsminderungsrente muss gleiches Recht für Alle gelten.

Deswegen fordern wir:

- Eine Gleichstellung aller Erwerbsminderungsrentner (Bestands- u. Neurentner).
- Eine Rentenreform, die für alle gilt. Eine Stichtagsregelung lehnen wir ab, damit keine Menschen auf Grund einer Erkrankung mehr diskriminiert und im Namen des Gesetzes in die Armut geschickt bzw. in Armut gehalten werden.
- Rentenabschläge bei Erwerbsminderung abzuschaffen.
- Die Rückkehr zur Erwerbs- u Berufsunfähigkeitsrente.
- Eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen - analog zum österreichischen Modell.

Selbstverständlich unterstützen wir die Initiative! Die Petition kann hier unterschrieben werden:

<<https://www.openpetition.de/petition/online/erwerbsminderungsrente-gleiches-recht-fuer-alle>>

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Elstner, Teimour Khosravi, Inge Mohr-Simeonidis, Peter Moser, Edgar Schu, Walter Michael Wengorz, Helmut Woda

Kontaktdaten aller **Kokreismitglieder**: <http://www.die-soziale-bewegung.de/kontakt.html>

Vernetzungsbüro: Edgar Schu, edgar.schu at die-soziale-bewegung.de, Tel.: 0551 20190386

Eintragen in/Austragen aus dem bundesweiten Rundmailverteiler per formlose Email an info@die-soziale-bewegung.de